

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Verlag: W. G. Neumann, Neudamm 10, Berlin. Preis: 1 Mark. Druck: W. G. Neumann, Neudamm 10, Berlin. Nummer 31. Halle, Freitag den 6. Juli 1917. 1. Jahrgang.

Nr. 31.

Halle, Freitag den 6. Juli 1917.

1. Jahrgang.

Vor der Entscheidung.

Der Verfassungskommission hat am Mittwoch über die Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten debattiert. Am Freitag wird abgestimmt, und die Sache steht nunmehr so: Der sozialdemokratische Antrag, durch Reichsgesetz allen Staatsbürgern beiderlei Geschlechts von 20. Lebensjahr an das Wahlrecht zu verleihen, wird abgelehnt werden. Die Fortschrittler haben unter Zurückziehung ihrer früheren Anträge eine Resolution eingebracht, die den Satz der Oberbehörde, für das Klassenwahlrecht in Preußen sei kein Raum mehr, unterstreicht und den Bundtag ausspricht, „dass die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt wird“.

Die Fortschrittler verdienen für die Taktik, die sie mit der Einbringung dieser Resolution verfolgten, seinen Tadel. Denn die Befürchtung lag nahe, daß an dem bekannten Schiedsrichter zwischen Nationalliberalen und Zentrum jedes positive Ergebnis scheitern würde. Das Zentrum hat gegen die reichsgesetzliche Regelung der einzelstaatlichen Wahlrechtsfrage seine berühmten „Kompetenzbedenken“, und den Nationalliberalen wollen die Worte „allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht“ schwer aus dem Munde. Der fortschrittliche Antrag umschließt vorzüglich beide Klippen, er nimmt dem Zentrum den Vorwand der Kompetenzbedenken, und er erleichtert den Nationalliberalen die Zustimmung durch die Wahl eines allgemeineren Ausdrucks. Die Fortschrittler hoffen, auf diese Weise die Situation retten und die Verhandlung zu einem einigermaßen positiven Ergebnis führen zu können. Sie rechnen darauf, daß sowohl das Zentrum als auch die Nationalliberalen und — nach Ablehnung ihres eignen Antrags — die Sozialdemokraten der Resolution zustimmen würden, so daß sich eine Einigung aller Reichstagsparteien mit Ausnahme der Konservativen ergeben würde.

Nimmt man an, daß dieser Optimismus der Fortschrittler gerechtfertigt ist, so bleibt das Ergebnis immer noch dürftig genug. Was das Volk von Reichstag erwartete, war

eine Tat, nicht aber eine Meinung.

Die Resolution schiebt jedoch die Tat, die zu leisten ist, andern zu. Wer sind diese andern? Zu erster Linie muß man dabei an die einzelstaatlichen Regierungen denken, die angefordert sind, die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung ohne Verzug durchzuführen. Wie aber, wenn sich die einzelstaatlichen Regierungen weigern, dieser Aufforderung der deutschen Volksgemeinschaft nachzukommen? Wie, wenn die Regierungen der Aufforderung Folge leisten, bei dem Verzicht ihrer Erfüllung aber in den einzelstaatlichen Parlamenten auf Hindernisse stoßen? Dann bleibt doch wiederum nichts andres übrig, als ein starker, alle Hindernisse zerbrechender Druck von oben oder von unten.

Vor solchen nicht unbedenklichen Entwicklungsmöglichkeiten hätte die reichsgesetzliche Regelung der Frage den sichersten Schutz geboten. Daß sie nicht erfolgt, dafür muß man die bürgerlichen Mittelparteien schwer anfragen. Sie tragen die Verantwortung dafür, wenn fast eines glatten und ungefährlichen Weges ein anderer gewählt werden muß, der schwieriger und von Gefahren nicht frei ist. In die Verantwortung dafür stellt sich mit ihnen die Regierung, die in ungläublicher, einfach empörender Weise bei den ganzen Verhandlungen des Verfassungskommission Ausschusses geschwiegen hat. Zudem ließe sich verzeihen, daß sie einen Zustand enthielt, der einfach nicht länger zu ertragen ist.

Ist so etwas überhaupt erträglich? Ein Reichstags-Ausschuß verhandelt über die wichtigste Frage der deutschen Verfassung, über eine wahre

wirtschaftlichen Volkswünsche und einer Überzeugung, die sich aus den breiten Massen des Volkes heraus jetzt bis in die höchsten Spitzen der Gesellschaft hat Weg gemacht: der Überzeugung, daß es so wie bisher nicht geht, und daß ohne Verzug gehandelt werden muß.

Die Regierung schweigt zu dem Aufruf. Sie schweigt bei den Verhandlungen des Verfassungskommission Ausschusses fünf Stunden lang in allen möglichen Tonarten. Es ist einfach nichts aus ihr herauszubringen. Sie legt sich hinter den Buch und denkt: Ich sag nicht so, und ich sag nicht so, denn sagte ich so oder so, so könnte man sagen, ich hätte so oder so gesagt.

Angesichts dieser Haltung der Regierung und der Mittelbarkeit, wäre es immer schon etwas, wenn die fortschrittliche Resolution angenommen würde. Sie wird schwerlich die preussischen Grenzen und die mecklenburgischen Wälder zum Ideal der staatsbürgerlichen Rechtslosigkeit befehlen, sie wird schwerlich die hartnäckige Entschlossenheit, den positiven Widerstand der Regierungen überwinden, aber sie wird der Propaganda für die Rechtsgleichheit eine

neue starke Waffe

in die Hand geben. Darum wäre es falsch, einen Beschluß des Reichstags in der Richtung der fortschrittlichen Resolution als gänzlich unbedeutend abzutun.

Wenn die deutsche Volksvertretung erklärt, daß die staatsbürgerliche Gleichberechtigung in den Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt werden müsse, so kann es nicht unsere Aufgabe sein, diese Erklärung gering zu schätzen, sondern unsere Aufgabe muß sein, sie aufzunehmen und ihr dadurch erst recht Schärfe und Durchschlagskraft zu verleihen. Das Volk darf mit dem Beschluß seiner Vertretung unzufrieden sein und es hat seine guten Gründe dazu, aber es darf nicht duden, daß dieser Beschluß von Zuntzen und Bürokraten mißachtet werde. Es muß mit ungemeinem Nachdruck die Forderung erheben, daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten durchgeführt werde — ohne Verzug!

Sitzungsbericht.

Ueber die Verhandlungen des Verfassungskommission Ausschusses ist im einzelnen folgendes zu berichten:

Die sozialdemokratische Fraktion fordert in einem Antrag, daß in jedem Bundesstaat und in Elbstädten ein auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach der Verhältniswahl gewähltes Volksvertretung beizubehalten und weiter weiter gefördert das Recht zur Teilnahme an der Wahl für alle über 20 Jahre alte Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Die Zustimmung dieser Volksvertretung ist zu jedem Bundesgesetz und zur Beschließung des Staatshaushaltetats erforderlich. Ferner sind Gesetzen einen für gleichlautenden Antrag gestellt, der nach die Forderung enthält, daß die ersten Stimmen aufzubehalten sind.

Die Fortschrittler beantragten, daß in allen deutschen Bundesstaaten eine konstitutionelle Verfassung geschaffen werde mit einer Volksvertretung, die auf dem allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrecht beruht; ferner den Herrn Reichsminister zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den mecklenburgischen Kreisverordneten unterwerflich eine konstitutionelle Verfassung eingeführt wird.

Herrn Lohmann (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Übertragung des Reichsgesetzrechts auf die Bundesstaaten das allerwichtigste sei, was man erwarten dürfe. Ein Bundesgesetz würde vom Volke direkt als eine Verhöhung angesehen werden. Ueber die Frage, ob der Reichstag zu solchen Beschlüssen kompetent sei, könne kein Zweifel bestehen. Auch das Zentrum sei früher der gleichen Ansicht gewesen und werde hinsichtlich auf diesem Standpunkt beharren. Die Oberbehörde des Reiches lehnt das Klassenwahlrecht ab; ein Einverständnis wäre mit der kaiserlichen Kammergattung nicht in Einklang zu bringen. Wenn die Konservativen sich abzeichnen, so werden auch die Regierung sich in Schmeichelei nützlich, dann darf der Reichstag die Fortschrittler nicht auch über, sondern muß mit aller Entschlossenheit auf eine unumkehrbare Wahlreform drängen. Das ist ein sehr erheblicher Schritt zum Frieden, der im fernsten Zustand der Gedanken geriet, daß der Kampf dem rechtlichen Deutschland gelte. — Herr Ziegenhagen begründete den Antrag ebenfalls mit dem Hinweis darauf, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nicht nur für den Reichstag, sondern auch für den Aufbau des Reiches gelten müsse, das sind die Ein-

stellungen und die Gemeinden. Das Volk muß auf einer sofortigen Durchführung der Reform bestehen. — Herr Krich bezieht die Kompetenz des Reiches und behauptet, daß Preußen in allen seinen Einrichtungen geradezu vorbildlich sei. Die Wahlrechtsfrage in Preußen sei eine rein preussische Angelegenheit, in die das Reich nicht hineinzugreifen habe. Dem Volke ist das preussische Wahlrecht nicht wert und eine Wurst wäre ihm vielleicht heute lieber. Die Demokratisierung Preußens müsse zum Reim des Zitates führen. — Herr Martin (D. Fr.) erklärt sich ebenfalls ablehnend. Bei aller Anerkennung der Reformbedürftigkeit der einzelstaatlichen Wahlrechte müsse man diese Reform doch den Einzelstaaten selber überlassen. — Herr Müller (Rechtsw.) betont sich als Anhänger der Übertragung des Reichsgesetzrechts auf die Bundesstaaten, lehnt jedoch die weitergehenden Forderungen der Sozialdemokratie ab. Aber er zieht die beiden fortschrittlichen Anträge zu und, weil eine Mehrheit dafür jetzt nicht zu haben ist, und schlägt dafür folgende Resolution vor:

Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichsminister folgende Erklärung zu richten: Wir der an den Reichsminister und den preussischen Ministerpräsidenten gerichteten Euerhochachtung des deutschen Kaisers und Königs von Preußen ist auch dem Reichstag der Überzeugung, daß nach den gemachten Leistungen des ganzen Volkes in diesem fürstürbaren Kriege für das Majoritätsrecht in Preußen kein Raum mehr ist.

Wie alle Schichten des Volkes in pflichtbewußter Aufopferung an der glücklichen Durchführung des gegenwärtigen Krieges mitwirken, so werden auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Beendigung des Krieges und nach dem Kriege zu erfüllen sind, der hingebungsvollen und freudigen Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen. Hierfür aber ist eine unerlässliche Voraussetzung, daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt wird. Dadurch werden in Staat und Reich notwendige neue Kräfte für die Entscheidung des Krieges sowie für den neuen Aufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung gebracht werden.

Herr Junck (Soz.) erklärt sich gegen die sozialdemokratischen Anträge und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhältnisse in Preußen sich heute so gestalten werden, daß ein Wahlrechtsreform nicht mehr aufgehoben werden kann. — Herr Herold (Ztr.) erhebt in den Anträgen einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten, den das Zentrum nicht billigen könne.

Herr Dr. Orbanauer (Soz.) teilt das Vertrauen der Nationalliberalen in die Einsicht der einzelnen Bundesstaaten nicht. Eine wirkliche Lösung könne nur die Annahme des sozialdemokratischen Antrags bringen. An der Zeitfrage, daß man den Willen des Volkes die politische Gleichberechtigung geben müsse, komme man nicht mehr vorbei. Früher dem Erfolg der Oberbehörde und den gegenwärtigen Moment liegen drei Punkte, in denen sich vieles geändert hat. Die Ereignisse überlegen sich und das Volk ist von tiefem Misstrauen gegen die Regierung erfüllt. Deshalb muß die Reform jetzt kommen, denn nach dem Kriege hat man ganz andre Aufgaben zu lösen. Dringend sei daher zu wünschen, daß man die Einführungen des Herrn v. Bethold Geher schiebe, der die Einführung eines Einheitswahlrechts erwirkt. Die Reichsregierung solle endlich einmal Entschlossenheit zeigen und dem Volke geben, was ihm gebührt.

Herr Schmidt (Rechtsw.) geht dann auf die Verhältnisse in Mecklenburg ein und stellt fest, daß die Fortschrittler ihre Ansprüche nur zurückgeben haben, um zu erreichen, daß überhaupt etwas zustande kommt. Eine Reform des preussischen Wahlrechts durch den preussischen Landtag ist nur möglich, wenn das Zentrum mitmacht und wenn ein Fortschritt im Reichstag erfolgt.

Herr Barm (Ansch.) polemisiert lebhaft gegen die Konservativen und stellt fest, daß der preussische Minister v. Bismarck die Oberbehörde so ausgelacht hat, daß erklärte, es werde dann keineswegs ein gleiches Wahlrecht verprochen. Die schamlose Salbung der Fortschrittler verbindet jedes positive Resultat.

Herr Orloff (Soz.) berichtet, daß die Konservativen bereit sind, an einer Wahlreform in Preußen mitzuwirken, aber immer unter dem Gesichtspunkt, daß die historischen Verhältnisse Preußens genügend beachtet werden.

Herr Becker (Ansch.) teilt, daß das Zentrum in der Sitzung, daß die Mehrheit im preussischen Landtag nicht habe und deshalb auch für das Scheitern einer Wahlreform nicht verantwortlich gemacht werden könne. So viel tiefer aber liegt, daß die Wahlreform in Preußen unter allen Umständen kommen müsse.

Die Debatte wurde geschlossen. Die Abstimmung findet am Freitag statt. Die Vertreter der Regierung ergriffen in der Diskussion auch nicht ein einziges Mal das Wort, antworteten auch nicht auf die Frage, die Herr Orbanauer an die Regierung gestellt hatte, wie weit die Vertrorenen für die Wahlreform bereits gebildet seien. —

... hat sich ...

... hat sich ...

Die kapitalistische Demokratie.

Genosse Adolf Bremer (München), ein amerikanischer Staatsbürger, schreibt uns:

In seiner Rede an die russische Revolutionsregierung erklärt Wilson, wie schon so oft, daß die Vereinigten Staaten ganz ohne eigentlichen Zweck das Schwert gegen Deutschland gezogen haben; es gelte nur durch die gemeinsame Befreiung Deutschlands zur Freiheit einen Dienst der Menschheit zu leisten.

Dabei wird in seinem Rede so tief und eindringlich wie in den Vereinigten Staaten die Lehre gepredigt: Mit dem Wohlwollen muß man zu Hause anfangen. Und wirklich hätte Wilson bei sich zu Hause in Amerika an allen Ecken und Enden Gelegenheit, die „Menschheit“ zu retten und zur „Ehre der Nation“ zu wirken, die er jetzt an Deutschland rächen will, weil es die amerikanischen Munitionstransporte gestört hat. Den Beweis dafür werden ein paar willkürlich herausgegriffene Zahlen und Tatsachen erbringen:

Das Mitglied der obersten amerikanischen Regierungsbehörde für Handelsfragen, G. A. Knapp stellt in einem Artikel über „Die Arbeitsverhältnisse in den Baumwollfabriken von South Carolina“ fest, daß viele hundert Kinder dort für zwei und dreieinhalb Tage Arbeit innerhalb einer Woche einen Lohn von 1,32 Dollar erhalten, sowie daß im selben Staate mehrere tausend noch nicht 9 Jahre alte Kinder die gleiche Zahl der Arbeitsstunden zu fronde haben. Und was sagt dieser hohe Beamte dazu: „Es besteht wenig Hoffnung auf baldige Milderung dieser unersetzlichen Verhältnisse.“

In den Anthrazitkohlengruben des Staates Pennsylvania kamen von 1870 bis 1903 durchschnittlich 322 Mann im Jahre ums Leben; das Minimum in diesen 34 Jahren war 166, das Maximum 518; 5 Jahre später, 1908, erreichte, bei nur mäßiger Steigerung der Produktion, die Ziffer der jährlichen Menschenopfer schon die Höhe von 708, während sie im Weichkohlengebiet des Staates 806 betrug. Am Jahresende 1898—1907 haben in den Vereinigten Staaten überhaupt 26 340 Kohlenbauer bei der Arbeit ihr Leben eingebüßt.

Am Pittsburger Stahlwerk wurden in einem Jahre 526 Arbeiter im Betrieb getötet. Ueber die Ver-

wundungen und Verkrüppelungen gab es keine genaue Statistik.

Im Jahre 1908 betrug im Gebiet von Groß-Keunort mit seinen damals 4 1/2 Millionen Einwohnern die Zahl der Unfälle auf den Straßen, Tief- und Straßenbahnen 52 669 oder täglich 144; infolge dieser Unfälle erlitten 355 Menschen sofort oder bald darauf den Tod; 68 mußten sich einer Amputation unterziehen und 2090 erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen, darunter 170 Schädelbrüche.

Mehr als 32 000 Todesfälle und zwei Millionen Verletzungen weist die Unfallstatistik in den Vereinigten Staaten während des Jahres 1907 unter den Arbeitern auf, und zwar laut dem von dem Arbeitsbureau veröffentlichten Bulletin über Unfälle — spätere Zahlen sind uns nicht zur Hand, sind aber noch weitlich höher. Unter dem Hauptpersonal der Bahnen blühten 7 1/2 vom Tausend beim Betrieb das Leben ein, während die fast 20fache Zahl Verletzungen erlitt. Das Bulletin sagt dazu, daß sehr viel, was zum Schutze der Arbeiter getan werden könnte, vernachlässigt wird, obgleich während der letzten Jahre viele und eingehende Verbesserungen im Arbeitbetrieb eingeführt wurden. Es wird hervorhoben, daß die Möglichkeit für erfolgreiche Unfallverhütung in klarer Weise in der Erfahrung in fremden Ländern demonstriert wurde. „Angenommen“, erklärt das Bulletin, „daß die den europäischen Ländern unterliegenden Verhältnisse oft ganz verschiedene sind und daß viele unserer industriellen Unfälle aus Unwissenheit, rücksichtsloser Gleichgültigkeit oder Kälogigkeit resultieren, müßte dennoch die Tatsache bestehen, daß eine immense Anzahl von Menschenleben vergeudet und eine große Menge von Verletzungen der Gesundheit und Kraft zugefügt wird, mit demnach folgender physischer Unbrauchbarkeit, was einen sehr erheblichen ökonomischen Wert für die gesamte Nation ausmacht.“ Ferner wird erklärt, daß es nicht unmöglich sein sollte, wenigstens ein Drittel oder vielleicht die Hälfte der Unfälle durch intelligente und rationelle Methoden der Fabrikinspektion, Gesetzgebung und Kontrolle zu verhüten.

Auf je tausend Eisenbahnangeestellte kommen im Dienst zu Schaden in Deutschland 2,4, in Belgien 11,

in England 11,8, in den Vereinigten Staaten 48,5. Während in einem Jahre in Dänemark jeder 588., in Ungarn jeder 496., in Ostindien jeder 431. Eisenbahnarbeiter oder Angestellte verkrüppelt wird, trifft in den Vereinigten Staaten jeden 19. dieses traurige Schicksal.

Der Senator Borah von Idaho erklärte in einer öffentlichen Rede, in der er sich gegen die Gesetzesüberfahrungen der Trustmagnaten wie gegen die Dynamitrevolvergehecker Gewerkschafter wandte: „Ich übertreibe nicht und entteile nicht die unvollkommenen und uns anfliegenden Taten, wenn ich erkläre, daß wir schon jetzt, in unserer Jugend, die gefehloste aller großen zivilisierten Nationen sind. Es gibt kein Land eriten Ranges, in welchem so wenig Respekt vor dem Leben erzeigt, weil es Gesetz ist — der letzte Ausdruck der Souveränität —, als hier in unserer eignen Republik.“

Sozialpolitik sind also die Vereinigten Staaten zweifellos die rückständigste aller modernen Industrienationen. Es heißt immer höchstens der Stolz auf die „Freiheit“, auf die Macht des Volkes über die Regierung, auf die Wahl sämtlicher Behörden durch die Wähler, aber diesem Prahl steht der Unmuth gegenüber, daß es keine Wahl in Amerika gibt, die sich ohne Betrug, Diebstahl, Weineid, Raub und Mord abspielt. Mit irgendwelchen Wählerneid, der den europäischen Wählern läßt sich das gar nicht vergleichen, denn der Wahlzettel wird von den Parteileitungen planmäßig vorbereitet und als „Wahlmanöver“ mit aller Kunst durchgeführt. Der „Kleptor“, d. h. der Mann, der unehrlich in der Wählerliste steht und mehrfach wählt, ist eine ständige Erscheinung zu Fontänen. Jeder Politiker weiß um diese Schwindelmethoden und diesen Korruptionsgeist und läßt ihn sich gefallen, weil es für die „Partei“ ist. So ist auch die Selbstregulierung des amerikanischen Volkes verfaßelt und weit von unserm demokratischen Ideal entfernt.

Amerika hat keinen Beruf, sich als Lehrmeister für Deutschland aufzuspielen. Wir können zwar manches Gute von ihm lernen, aber ehe uns die Amerikaner alle ihre Wohlthaten andrängen wollen, haben sie bei sich zu Hause noch eine Unmenge zu leisten und zu bessern. —

Was der Krieg bringt.

Die Unabhängigen in Stockholm.

Die Stockholmer Abordnung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt folgenden Bericht heraus:

„Die Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur internationalen Konferenz traf am 22. Juni 1917 in Stockholm ein, bestehend aus Bernstein, Gaafe, Herzfeld als Vertreter Adolf Hoffmanns, der den Reichsvorstand wegen eines gegen ihn eingeleiteten politischen Strafverfahren nicht erhalten hatte, Kautsky und Stadthagen. Frau Zick war kurz vor der Abreise plötzlich erkrankt. Später trafen noch als Delegierte ein: Hofer, Ledebour, Wengels und Oster Gohn.“

Die Delegation hatte eine Reihe von Unterhaltungen mit russischen Genossen verschiedener Richtungen über die lebenden internationalen Fragen gepflogen, die fortgesetzt werden sollen, sobald noch andre Genossen aus Schweden, die angemeldet sind, ankommen. Die Delegation hat sich ferner mit dem Komitee der Zimmerwälder sowie mit dem holländisch-kanadischen Komitee in Verbindung gesetzt.

Mit dem Komitee der Zimmerwälder erörterte sie in mehreren Besprechungen die Voraussetzungen einer Vorkonferenz dieser Organisation vor der vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen allgemeinen Konferenz sowie verschiedene Fragen der Friedenspolitik. Eine allgemeine Sitzung der Zimmerwälder konnte nicht stattfinden, weil wegen Verhinderung der allgemeinen internationalen Konferenz, die vor August wohl nicht zusammenzutreten kann, aus mehreren Ländern Vertreter noch nicht erschienen waren.

Vor dem holländisch-kanadischen Komitee entwickelten die Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ihre Auffassung über die Friedensarbeit. Gaafe, Bernstein und Kautsky hielten längere Reden über diesen Gegenstand. Herzfeld, Hofer, Stadthagen und Wengels ergänzten ihre Ausführungen.

Gaafe hob vor allem einen geschichtlichen Hebelzettel über die Tätigkeit, die die Opposition in der deutschen Sozialdemokratie vom Beginn des Krieges ab für den Frieden entwickelt hat. Er zeigte an Hand des Urkundenmaterials, wie die Opposition von Anfang an für diejenigen Forderungen gekämpft hat, die jetzt allgemein aufgestellt werden: für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Er legte ferner im einzelnen dar, daß die Opposition die Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes fortgesetzt zu einer unabweislichen und entscheidenden Stellung in dieser Richtung zu drängen gesucht hat, und daß sie, weil diese Bemühungen auf hartnäckigen Widerstand stießen, im Gesamtinteresse des Proletariats und zur Förderung des Weltfriedens genötigt war, die Fraktionsdisziplin zu durchbrechen, und sich festzusetzen um die Mahnung und Verfolgung

durch Fraktionsmehrheit und Parteivorstand. Er wies nach, daß hier nicht Mißverständnisse vorlägen, sondern tiefegehende Gegensätze in den Grundanschauungen. Für die Unabhängige sozialdemokratische Partei sei die Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrats der Ausdruck ihrer eignen konsequent vertretenen Grundzüge, für die andern nur die opportunistische Anpassung an die augenblickliche Situation.

Bernstein sprach im Anschluß an diese Ausführungen hauptsächlich darüber, ob die Schuldfrage von den Verhandlungen der allgemeinen Konferenz ganz ausgeschlossen werden könnte. Die völlige Ausschaltung dieser Frage werde schon deshalb nicht möglich sein, weil die Vertreter mehrerer Länder ihre Behandlung forderten und die Ablehnung maßgeblich als Parteipolitik betrachtet werden. Auch würde man den Kampf für den Frieden und für ein den Grundfragen demokratischer Gerechtigkeit entsprechendes Friedensprogramm nicht in zweifelhafte Weise führen können, wenn man nicht Klarheit über den Charakter des Krieges und den Anteil der einzelnen Regierungen an ihm gewonnen habe. Das könne, wie er im einzelnen nachwies, ganz gut an Hand der von den Regierungen selbst veröffentlichten Kriegsdokumente geschehen. Auch werde der Sache des Friedens dadurch ein Dienst geleistet werden, wenn auf einer allgemeinen Konferenz die Genossen aus den kriegführenden Staaten ihre eigene Meinung über die Streitfragen äußern würden. Die Haupt Hindernisse der Einigung über eine kraftvolle Aktion für den Frieden seien die Meinungsverschiedenheiten über die Verantwortlichkeiten am Krieg und die Zweckmäßigkeit in den Friedensprogrammen. Diese müßten vor allen Dingen beseitigt werden.

Kautsky behandelte das Friedensprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Er legte dar, daß heute wohl die Sozialisten der sogenannten Mehrheit in Deutschland aufwende daselbst Friedensprogramm hätten wie die Unabhängigen Sozialdemokraten, da die einen wie die andern einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen fordern, daß die Heber-Einigung aber bloß in dem Gebrauch der gleichen Formel bestehe, denen jeder Teil einen andern Sinn beilege. Er zeigte an der Hand der Vorträge über die Kriegsziele, die von der Fraktion im August 1915 beschlossen wurden, und der jüngsten, in Stockholm verfaßten Denkschrift der Mehrheitssozialisten, daß deren Auffassung nicht auf den Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie beruhe, sondern daß sie erfüllt sei vom Geiste national imperialistischer Militarität und imperialistischer Denkwiese, die ihre Stellung zu den einzelnen Problemen von der Kriegslage abhängig mache. Er wies das in einzelnen noch aus den Taten über Österreich und die Türkei, über Belgien, Polen und Elßaß-Vestrien.

Zum Schluß wiederholte Kautsky, was sämtliche Mahner schon vor ihm in gleichem Sinne nachdrücklich behaupt hatten, daß die geplante Konferenz, wenn sie für den Frie-

den wirken wolle, ihre Aufgabe nicht in der Ausarbeitung eines platonischen Friedensprogramms erfüllen dürfe, daß die Konferenz bedeutungslos bleiben würde, wenn sie nicht den Anstoß zum allseitigen, energischen Kampfe für die Durchsetzung des sozialdemokratischen Friedensprogramms gebe und alle Teile des internationalen Proletariats zusammenschlebe, die bereit sind, diesen Kampf tatkräftig aufzunehmen. Darin sehen die Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands die Hauptaufgabe einer internationalen Konferenz.“

Der Seerrieg.

Unter freigelegt „Nationalen Taten“ zufolge sind am Dienstagabend die ersten beiden schwedische Dampfer, die sich des deutschen Preisgehalts bedient haben, in Göteborg eingetroffen. Ihre Reise ist glatt verlaufen. Beide Schiffe waren mit Stückgut beladen.

Verliefert und gesunken. Der bannische Schoner „Sjöbjör“ wurde auf der Meile von Zolund nach Schweden mit einer Ladung von Scherlingen am 23. Juni von einem deutschen U-Boot versenkt. Der bannische Dampfer „Barrersberg“ ist auf der Meile von England nach Frankreich gesunken; er ist wahrscheinlich auf eine Mine gestoßen. Der schwedische Dampfer „Germensia“ ist auf der Meile von Göteborg nach Hull in der Nordsee von einem U-Boot versenkt. Der finnische Dampfer „Timo“ wurde auf der Meile von Stockholm nach Rußland von einem deutschen U-Boot versenkt. Der norwegische Dampfer „Al Lindes“ wurde im Mittelmeer versenkt. Der holländische Dampfer „Beltower“ (1014 Busträgerinnen) wurde durch ein deutsches U-Boot in der Nordsee in Grund gebohrt. In Schweden wurden neun Mann der schwedischen Besatzung getötet.

Erziehung zum Chauvinismus.

„Einer der berüchtigten „Souveräne“ — so nennen sich die nationalitätlich-chauvinistischen Heptarchie — hat Professoren stellen lassen, in denen die von den Völkern in Frankreich und Belgien benutzten Verbrechen“ gesammelt sind, und hat von den französischen Schulbehörden nicht nur die Entschuldigend erhalten, die Professoren in den Schulen frei zu betreiben, sondern auch die Zusage, daß die Lehrer den Inhalt zum Lehrgang machen sollen.

Zur Ehre der französischen Verfasserschaft muß „Avant“ zu berichten, daß da und dort in Lehrkreisen öffentlich an dieser Erziehungsmethode Kritik geübt worden ist. In einer prägnanten Zeitschrift sprach eine Lehrerin in einem offenen Briefe über die Schulbehörde an, wie sie ihren Schülern das Kopiel über Vergegenwärtigung der Frauen erklären solle, ohne Gefahr für das sittliche Empfinden der Jugend. Und die gewerkschaftlichen Verbände der Lehrer haben eine Resolution gefaßt, die gegen die Behandlung der Bräuterei als Scherzprogramm protestiert und in bezug nimmt, daß Erziehung zum Biberhah allen Prinzipien der Moral und Bädagogik entgegenstehen, und der Hinweis auf Verbrechen, wie sie in dem Werke beschrieben sind, die kindliche Seele nur vergiften könne. Die Resolution, die der „Avant“ abbildet, ist von den holländischen Benutzern stark gefürzt. —

